

## **NIEDERSCHRIFT**

über die **13.** Sitzung  
**des Sozial- und Gesundheitsausschusses**  
(XV. Wahlperiode)

### **öffentlicher Teil**

Tag der Sitzung: **22.11.2012**  
Ort der Sitzung: Kreishaus Grevenbroich  
Kreissitzungssaal (1. Etage)  
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich  
(Tel. 02181/601-2171 oder -2172)  
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr  
Ende der Sitzung: 20:40 Uhr  
Den Vorsitz führte: Dr. Hans-Ulrich Klose

### **Sitzungsteilnehmer:**

#### **• CDU-Fraktion**

1. Frau Irmintrud Berger bis 19.00 Uhr
2. Herr Hans-Josef Engels
3. Herr Reiner Geroneit
4. Herr Gerhard Heyner
5. Herr Thomas Jung
6. Herr Norbert Kallen
7. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
8. Frau Ursel Meis
9. Herr Werner Moritz
10. Herr Antonius Suppes
11. Frau Maria Widdekind
12. Frau Birte Wienands

#### **• SPD-Fraktion**

13. Herr Denis Arndt
14. Herr Udo Bartsch
15. Frau Margot Dubbel bis 20.10 Uhr
16. Herr Erwin Popien bis 19.20 Uhr
17. Herr Rainer Schmitz bis 19.30 Uhr
18. Frau Gertrud Servos

#### **• FDP-Fraktion**

19. Herr Christian Kohnen bis 19.35 Uhr  
20. Frau Christa Quellmann  
21. Herr Dirk Rosellen

### • **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

22. Herr Manfred Haag  
23. Herr Martin Kresse  
24. Frau Angela Stein-Ulrich

### • **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

25. Frau Margit Kalthoff  
26. Herr Carsten Thiel

### • **Unabhängige Linke Liste**

27. Herr Oliver Reising

### • **beratende Mitglieder**

28. Herr Bernd Gellrich bis 19.20 Uhr  
29. Herr Norbert Kallen  
30. Frau Ingrid Landen bis 19.20 Uhr

### • **Verwaltung**

31. Herr Dr. Michael Dörr  
32. Herr Siegfried Henkel  
33. Herr Dezernent Karsten Mankowsky  
34. Herr Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz

### • **Schriftführerin**

35. Frau Birgit Rothe  
36. Herr Marcus Mertens

## INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit - Schweige- und Gedenkminute zum Tod der Frau Nadel, Jobcenter.....	4
2.	Vorstellung der neuen Produktgruppenleitung 50.3 - Schwerbehindertenangelegenheiten, Heimaufsicht, Altenarbeit, Unterhaltssicherung, Fürsorgestelle, Ausbildungsförderung .....	4
3.	Umsetzung des Sozialgesetzbuches Zweites Buch (SGB II) - Grundsicherung für Arbeitsuchende .....	4
3.1.	Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften Vorlage: 50/2129/XV/2012.....	4
3.2.	Aktueller Report Jobcenter Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/2130/XV/2012.....	4
4.	Sicherheitsanalyse- und Standards beim Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 65/2169/XV/2012 .....	5
5.	Suchtberatung im Rhein-Kreis Neuss - Bericht aus der täglichen Arbeit Vorlage: 50/2173/XV/2012 .....	5
6.	Modellprojekt: Präventive Hausbesuche im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 53/2144/XV/2012 .....	6
7.	Aufnahme und Betreuung von Asylbewerbern Vorlage: 50/2137/XV/2012 .....	8
8.	Sachstand zur Umsetzung des Bildungs-und Teilhabepaketes einschließlich Schulsozialarbeit Vorlage: 50/2131/XV/2012 .....	8
9.	Bericht der Frauenberatungsstelle "Frauen helfen Frauen e.V.", Neuss .....	9
10.	Pflegemarktbeobachtung im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/2146/XV/2012 .....	9
11.	Mitteilungen .....	10
11.1.	Sachstand Kommunales Integrationszentrum Vorlage: 50/2228/XV/2012.....	10
11.2.	Neue Regelsätze in der Sozialhilfe Vorlage: 50/2123/XV/2012 .....	10
11.3.	Gesundheitskonferenz im Rhein-Kreis Neuss .....	10
11.4.	Psychiatriebericht .....	10
12.	Anfragen .....	10

## **1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit - Schweige- und Gedenkminute zum Tod der Frau Nadel, Jobcenter**

### **Protokoll:**

Ausschussvorsitzender Dr. Klose begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäß erfolgte Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Einstieg in die Tagesordnung gedachte der Ausschuss in einer Schweigeminute der getöteten Mitarbeiterin des Jobcenters, Frau Irene Nadel.

Es bestand Einvernehmen, dass der Tagesordnungspunkt 6 vor dem Tagesordnungspunkt 3 behandelt wird.

## **2. Vorstellung der neuen Produktgruppenleitung 50.3 - Schwerbehindertenangelegenheiten, Heimaufsicht, Altenarbeit, Unterhaltssicherung, Fürsorgestelle, Ausbildungsförderung**

### **Protokoll:**

Allgemeiner Vertreter Steinmetz stellte dem Ausschuss Herrn Marcus Mertens als neuen Leiter der Produktgruppe 50.3 vor.

## **3. Umsetzung des Sozialgesetzbuches Zweites Buch (SGB II) - Grundsi- cherung für Arbeitsuchende**

### **3.1. Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften**

**Vorlage: 50/2129/XV/2012**

#### **Protokoll:**

Allgemeiner Vertreter Steinmetz wies darauf hin, dass auf Grundlage der Steigerung der Aufwendungen im Monat November der Haushaltsansatz im Jahr 2012 um rund 1,3 Mio. Euro überschritten werde. Als Gründe für den Ausgabenanstieg nannte er die Auswirkungen des BSG-Urteil zur Angemessenheit des Wohnraumes sowie den Umstand, dass nach dem Tötungsdelikt im Jobcenter eine größere Anzahl von Fällen erst später bearbeitet worden sei und nun erstmalig in der Novemberstatistik zum Tragen kämen.

### **3.2. Aktueller Report Jobcenter Rhein-Kreis Neuss**

**Vorlage: 50/2130/XV/2012**

#### **Protokoll:**

Hierzu lagen keine Wortbeiträge vor.

#### **4. Sicherheitsanalyse- und Standards beim Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 65/2169/XV/2012**

##### **Protokoll:**

Allgemeiner Vertreter Steinmetz erklärte, dass die Sicherheitsstandards in der Kreisverwaltung und im Jobcenter umfangreich thematisiert worden seien. Es bleibe jedoch ein wichtiges Ziel, eine persönliche Zusammenarbeit mit den Kunden aufrecht zu erhalten. Mit den Ämtern, in denen es Publikumsverkehr gebe, seien Gespräche geführt worden, die Ämter selbst hätten ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu deren subjektiven Sicherheitsbedürfnissen befragt.

Erste Maßnahmen seien eingeleitet, zum Beispiel die Installation eines Alarmierungssystems über die PC's oder der zusätzliche Einbau von Zwischentüren im Hochhaus in Grevenbroich. Auch die Positionierung von Mobiliar sei geprüft worden. Es sei Ziel der Verwaltung Schulungsangebote für die Mitarbeiter anzubieten.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz ging auf den Fragenkatalog der SPD-Fraktion ein. Eine psychologische Betreuung stehe zur Verfügung und es würden konsequent Strafanzeigen bei Drohungen gestellt. Die Beantwortung einiger Fragen der SPD werde im nicht-öffentlichen Teil erfolgen.

Kreistagsmitglied Servos bedankte sich für Ausführungen der Verwaltung und stellte klar, dass die Fragen nicht als Kritik am Handeln der Verwaltung zu verstehen seien. Die Fragen seien in der Fraktion aufgekommen und bereits vor Versand der Einladung zur laufenden Sitzung schriftlich fixiert worden. Sie bat noch um Mitteilung zur Frage der Personalbesetzung bei Außendiensten. Allgemeiner Vertreter Steinmetz erklärte hierzu, dass Außendienste aufgrund der Personaldichte nicht immer von 2 Personen durchgeführt werden könnten, dass dies jedoch immer sichergestellt sei, wenn mit Problemen oder herausforderndem Verhalten gerechnet werden müsse.

Kreistagsmitglied Kresse bezeichnete die Darstellungen als sehr sachgerecht und angemessen im Bezug auf die erfolgte Krisenintervention. Man sollte, wenn noch etwas Zeit vergangen sei, jedoch auch die Aspekte beleuchten, die zur Entstehung von Konfliktsituationen führen.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Reising teilte Allgemeiner Vertreter Steinmetz hin, dass derzeit ein privater Sicherheitsdienst an allen Standorten des Jobcenter eingesetzt sei.

#### **5. Suchtberatung im Rhein-Kreis Neuss - Bericht aus der täglichen Arbeit Vorlage: 50/2173/XV/2012**

##### **Protokoll:**

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßte der Ausschussvorsitzende die Herren Jünger und Weege (beide Caritasverband Rhein-Kreis Neuss) sowie Herrn Stach vom Jobcenter. Deren Vortrag zur Suchtberatung im Rhein-Kreis Neuss ist als Anlage beigefügt.

Kreistagsmitglied Widdekind dankte für den Bericht und fragte an, ob es Kennzahlen gebe, um den langfristigen Erfolg der Maßnahmen zu messen. Hierzu führte Herr Jünger aus, dass aus den Daten der Rentenversicherung ein nachhaltiger Erfolg erkennbar

sei, z.B. wenn frühere Klienten wieder sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen nachgingen. Dabei habe sich auch gezeigt, dass eine stationäre Rehabilitation die besten Erfolgsaussichten böte.

Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Kresse teilte Allgemeiner Vertreter Steinmetz mit, dass der Stellenumfang im Bereich der Suchtberatung zuletzt im Jahr 2011 um eine Vollzeitstelle erhöht wurde, da der Bedarf einerseits und der Erfolg andererseits erkannt worden sei.

## **6. Modellprojekt: Präventive Hausbesuche im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 53/2144/XV/2012**

### **Protokoll:**

Dezernent Mankowsky führte in die Thematik ein und erklärte, dass sich die Verwaltung mit den Fragen aus der letzten Sitzung auseinandergesetzt habe. Die Inanspruchnahme präventiver Hausbesuche solle freiwillig sein und man wolle keine neuen Strukturen schaffen, sondern auf den bereits vorhandenen Strukturen aufsetzen. Der Beschlussvorschlag sehe noch kein Votum für eine Finanzierung des Projektes „Präventive Hausbesuche“ vor, könne aber auch für das Vorhaben des Sozialamtes sehr hilfreich sein.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose begrüßte Herrn Helmut Knepe, Sozialdezernent des Kreises Siegen-Wittgenstein. Herr Knepe stellte mit seinem Vortrag „Zukunftsinitiative Siegen-Wittgenstein 2020, Leben und Wohnen im Alter, Präventive Hausbesuche“ (siehe Anlage) die Entwicklung der Altenpolitik im dortigen Kreisgebiet vor.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose bedankte sich für den Vortrag. Die Entwicklung der beiden Kreise sei historisch und sozialpolitisch anders verlaufen, jedoch würden sich - trotz unterschiedlicher Strukturen- zahlreiche Ergebnisse sehr ähneln. Er schlug vor, in der heutigen Sitzung keinen Beschluss zu fassen, sondern den Sachverhalt in den Fraktionen zu erörtern und im Rahmen der Haushaltsberatungen zu entscheiden. Diesem Vorschlag wurde gefolgt.

Kreistagsmitglied Kresse dankte für den Vortrag und fragte nach, welche Aufwendungen im Kreis Siegen-Wittgenstein durch die präventiven Hausbesuchen entstünden und ob bekannt sei, welche fiskalischen Auswirkungen diese Leistung habe. Herr Knepe führte aus, dass der Kreis das Projekt über 4 Jahre finanziert habe. Insgesamt habe man 480.000,-€ für die Begleitung des Projektes durch ein externes Institut aufgewandt und zusätzlich noch die Personalkosten für 4 Kräfte finanziert. Ziel des Projektes sei in erster Linie eine Steigerung der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger. Die wirtschaftlichen Auswirkungen könnten nicht konkret benannt werden, jedoch seien für den Kreis Siegen-Wittgenstein Ausgaben für die Hilfe zur Pflege zwischen 17 und 27 Mio. € prognostiziert worden, tatsächlich werde man in diesem Jahr nur 14 Mio. € verausgaben müssen. Auch die Gemeindeprüfungsanstalt habe in ihrem Bericht festgehalten, dass der Kreis Siegen-Wittgenstein in diesem Segment gut aufgestellt sei.

Kreistagsmitglied Servos fragte an, ob sich auch Personen unter 75 Jahren für einen präventiven Hausbesuch melden würden und wie das System der „Gemeindeschwestern“ aufgebaut sei. Herr Knepe erläuterte, dass die Menschen ab dem 75. Lebensjahr angeschrieben würden, soweit sie nicht pflegebedürftig seien. Sofern sich jüngere Personen meldeten, könne ein Hausbesuch erfolgen. Die Gemeindeschwestern seien in 3

Kommunen von den jeweiligen Kirchengemeinden auf 400,-€-Basis eingestellt worden. Der Beschäftigungsumfang solle zukünftig auf Vollzeitkräfte ausgeweitet werden, wobei die Anstellung dann über die Wohlfahrtsverbände erfolge und die Finanzierung von den Verbänden, dem Kreis, den Kranken- und Pflegekassen und den Kirchengemeinden gemeinsam erfolge.

Ausschussmitglied Reising bat um Auskunft, welche Qualifikationen die Personen hätten, die mit den präventiven Hausbesuchen beauftragt seien. Herr Knepe erklärte, dass diese Kräfte die Kompetenz zur Hilfeplanung im Einzelfall haben sollten und man sich daher für Sozialpädagogen entschieden habe.

Ausschussmitglied Gellrich fragte an, warum man sich für hauptamtliche Kräfte anstatt für Ehrenamtler entschieden habe und ob sich die Stadt Siegen an dem Projekt beteilige. Herr Knepe führte hierzu aus, dass die verschiedenen Bedarfslagen der Menschen sehr unterschiedlich seien und somit eine qualifizierte Beratung erfolgen müsse. Daher arbeite man mit Hauptamtlern. Ehrenamtliche Kräfte seien bei der Umsetzung einzelner Inhalte sehr hilfreich. Die Stadt Siegen sei an dem Projekt nicht beteiligt.

Aus Sicht von Kreistagsmitglied Bartsch sei das Projekt einer zugehenden Beratung gut, da auch die Schnittstellen betrachtet werden könnten. Er fragte an, wie die Koordination geregelt sei. Herr Knepe wies darauf hin, dass es sein Koordinierungsstelle gebe, die alle Rückmeldungen aufnehme und eine Dokumentation der Tätigkeiten gewährleisten würde.

Kreistagsmitglied Kallen fragte an, wie die Entstehung von stationären Pflegeeinrichtungen verhindert worden sei und woher unter datenschutzrechtlichen Aspekten die Informationen kämen, welche Personen pflegebedürftig seien. Herr Knepe entgegnete, dass mit Investoren über die Marktsituation und die damit verbundene, mögliche Renditeerwartung gesprochen würde. Über die datenschutzrechtlichen Aspekte sei viel nachgedacht worden, die Anschreiben an die Bürgerinnen und Bürger würden von den kreisangehörigen Kommunen versandt.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose erkundigte sich nach der Rolle der Wohlfahrtsverbände bei den präventiven Hausbesuchen. Herr Knepe erklärte, diese seien am Projekt nicht unmittelbar beteiligt gewesen, ein Austausch sei jedoch durch eine Teilnahme der Verbände an der sogenannten Kompetenzrunde sichergestellt worden. Sobald das Projekt in ein Regelangebot umgewandelt werde, würden die Verbände die Aufgaben übernehmen.

Auf Nachfrage von Allgemeinem Vertreter Steinmetz sagte Herr Knepe zu, dem Rhein-Kreis Neuss den im November zu erwartenden, wissenschaftlichen Abschlussbereich des Deutschen Instituts für angewandte Pflegeforschung e.V. zu übermitteln und führte aus, dass nicht die Mitarbeiter der Beratungsstellen die präventiven Hausbesuche durchführen, sondern dafür eigene Kräfte zur Verfügung stünden.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose dankte Herrn Knepe abschließend für sein Kommen, der Bericht aus Siegen-Wittgenstein werde sicherlich bei der weiteren Entscheidungsfindung im Rhein-Kreis Neuss hilfreich sein.

## **7. Aufnahme und Betreuung von Asylbewerbern**

### **Vorlage: 50/2137/XV/2012**

#### **Protokoll:**

Der Leiter des Kreisgesundheitsamtes, Dr. Michael Dörr, führte aus, dass der öffentliche Gesundheitsdienst auf Grundlage des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG) und des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) verschiedene Zuständigkeiten habe. So seien in einem ersten Schritt das Rohrleitungssystem des Gebäudes sowie die Duschköpfe der Sanitäranlagen geprüft und beprobt worden, um eine Verkeimung ausschließen zu können. Nach Ankunft der Asylbewerber seien Kontrolluntersuchungen eingeleitet worden, um die infektiologische Unbedenklichkeit der Personen sicherstellen zu können. Bei den Erwachsenen seien hierzu Röntgenuntersuchungen durchgeführt worden, bei den Kindern Hauttests. Dazu sei der größte Teil der Menschen fachmedizinisch untersucht worden, wobei das Lukaskrankenhaus und das Johanna-Etienne-Krankenhaus besonders hilfreich gewesen seien. Im Sinne der Betroffenen halte das Gesundheitsamt nun einen guten Kontakt zur Unterkunft aufrecht.

Kreistagsmitglied Kresse bedankte sich für den Bericht und fragte an, ob die psychologische Situation der Flüchtlinge beleuchtet werde. Hierzu erläuterte Kreistagsmitglied Kallen, dass das Land hierfür Gelder zur Verfügung stelle und der Caritasverband die Aufgabe in Kürze übernehmen werde.

Kreistagsmitglied Servos erkundigte sich, in welchem allgemeinen Gesundheitszustand die Menschen seien. Dr. Dörr erläuterte, dass er gemeinsam mit Dezernent Mankowsky und weiteren Ärzten vor Ort gewesen sei und sich ein persönliches Bild verschafft habe. Der Gesundheitszustand der Flüchtlinge sei angemessen. Die ärztliche Betreuung der Menschen sei durch rund 20 niedergelassene Ärzte gewährleistet, die seitens des Gesundheitsamtes schon vor Ankunft der Flüchtlinge angesprochen worden seien und sich freiwillig zur Verfügung gestellt hätten. Dezernent Mankowsky bestätigte dies und ergänzte, dass der Standort und die Verpflegung aufgrund seiner Erfahrungen vor Ort gut seien. Er hob die Spendenbereitschaft der Bevölkerung besonders positiv hervor.

## **8. Sachstand zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes einschließlich Schulsozialarbeit**

### **Vorlage: 50/2131/XV/2012**

#### **Protokoll:**

Allgemeiner Vertreter Steinmetz wies darauf hin, dass 69% der Kinder vom Bildungs- und Teilhabepaket erreicht würden und der Rhein-Kreis Neuss damit über dem Durchschnitt liege. Der Landessozialminister habe dem Kreis in diesem Zusammenhang ein gutes Zeugnis ausgestellt.

Kreistagsmitglied Haag erklärte, dass bei der genannten Zahl 31% keine Leistungen erhalten würden und verwies auf ein Papier der Bundesarbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände, in dem weitere Vorschläge zur Optimierung gemacht würden. Allgemeiner Vertreter Steinmetz signalisierte, dass man die Inhalte dieses Schreibens auf eine Relevanz für den Rhein-Kreis Neuss prüfen werde. Gleichzeitig stellte er klar, dass man in der Praxis nicht 100% der Kinder erreichen könne.

## **9. Bericht der Frauenberatungsstelle "Frauen helfen Frauen e.V.", Neuss**

### **Protokoll:**

Ausschussvorsitzender Dr. Klose begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Gronen und Frau Habrich von der Frauenberatungsstelle „Frauen helfen Frauen e.V.“, Neuss. Der Vortrag von Frau Gronen und Frau Habrich liegt in Anlage bei.

Kreistagsmitglied Widdekind bedankte sich für den Vortrag und lobte die Aufbauarbeit des Vereins in den vergangenen 30 Jahren. Die gewachsene Zusammenarbeit mit der Polizei sei auch ein Beleg für die qualitativ gute Arbeit der Beratungsstelle, wie auch die positiven Rückmeldungen von betroffenen Frauen.

Kreistagsmitglied Wienands ergänzte, dass die für die Arbeit der Beratungsstelle zur Verfügung gestellten Kreismittel gut investiert seien. Sie fragte an, wie es unter datenschutzrechtlichen Aspekten möglich sei, dass die Polizei einen Kontakt vermittele. Frau Gronen erläuterte, dass es hierzu eine gesetzliche Regelung gebe und die Polizei betroffene Frauen auf die Möglichkeiten des Opferschutzes hinweise. Sofern die Betroffenen diese Möglichkeit nutzen wollen, erfolge eine Weiterleitung an die Frauenberatungsstelle.

Kreistagsmitglied Servos dankte für die Informationen und fragte an, ob der gestiegene Bedarf in der Beratungsstelle personell quantifiziert werden könne. Frau Gronen bezifferte den Bedarf mit einer halben Vollzeitstelle. Allgemeiner Vertreter Steinmetz wies darauf hin, dass ein entsprechender Zuschussantrag vorliege und auf der Wunschliste stehe.

Ausschussmitglied Quellmann bat um Erläuterung, wie die Beratungsstelle mit dem besonders schwierigen Problem der Zwangsheiraten umgehe. Frau Habrich führte aus, dass bei bereits vollzogenen Zwangsheiraten zumeist Fälle von Gewaltausübung die Frauenberatungsstelle erreichen würden. Für die betroffenen Frauen sei eine Trennung dann fast immer mit einem Bruch mit ihrer gesamten Familie verbunden. Für die Frauen in dieser spezifischen Problemsituation werde daher nach speziellen Beratungsangeboten gesucht und ein entsprechender Kontakt hergestellt.

## **10. Pflegemarktbeobachtung im Rhein-Kreis Neuss**

### **Vorlage: 50/2146/XV/2012**

#### **Protokoll:**

Unter Bezugnahme auf die Diskussion zu TOP 6 erklärte Ausschussvorsitzender Dr. Klose, dass man vor einem unkontrollierten Zuwachs von Pflegeplätzen nur warnen könne. Allgemeiner Vertreter Steinmetz bestätigte dies und ergänzte, dass es eine dauerhafte Herausforderung sein werde und die Verwaltung weiterhin bemüht bleiben werde, Investorenabsichten abzubremsen. Eine neu veröffentlichte Bertelsmannstudie weise auf den sich dramatisch abzeichnenden Personalmangel in der Pflege hin, hierzu werde die Verwaltung gesondert berichten.

## **11. Mitteilungen**

### **11.1. Sachstand Kommunales Integrationszentrum**

**Vorlage: 50/2228/XV/2012**

**Protokoll:**

Allgemeiner Vertreter Steinmetz wies unter Bezugnahme auf die Tischvorlage auf den Workshop am 10.12.2012 hin.

### **11.2. Neue Regelsätze in der Sozialhilfe**

**Vorlage: 50/2123/XV/2012**

### **11.3. Gesundheitskonferenz im Rhein-Kreis Neuss**

**Protokoll:**

Dezernent Mankowsky berichtete von der Sitzung der Gesundheitskonferenz am 26.09.2012, die sich mit den Themen Krankenhauslandschaft, Arzneimittelversorgung älterer Menschen und der Palliativversorgung im Rhein-Kreis Neuss befasst habe.

### **11.4. Psychiatriebericht**

**Protokoll:**

Dezernent Mankowsky teilte mit, dass sich der nächste Psychiatriebericht schwerpunktmäßig mit dem Thema Demenz befassen werde. Es solle neben einer Analyse des Ist-Zustandes versucht werden, mögliche Verbesserungspotentiale aufzuzeigen. Kreistagsmitglied Kresse bat darum, dies im Psychiatriebeirat zu diskutieren.

## **12. Anfragen**

**Protokoll:**

Kreistagsmitglied Bartsch fragte nach, ob die Höhe der Entlastung für den Rhein-Kreis Neuss durch die Entscheidung des Bundes zur Reduzierung der Grundsicherung quantifizierbar sei. Allgemeiner Vertreter Steinmetz erklärte, dass für den Rhein-Kreis Neuss mit einer Entlastung um ca. 5,7 Mio € zu rechnen sei.

Kreistagsmitglied Haag fragte unter Bezugnahme auf die Tischvorlage zum Thema Kompetenzzentrum Frau und Beruf nach der finanziellen Beteiligung des Rhein-Kreises Neuss. Allgemeiner Vertreter Steinmetz führte aus, dass über diese Frage zurzeit mit den anderen beteiligten Kommunen verhandelt werde.

Ausschussmitglied Stein-Ulrich wies auf ein Urteil des Sozialgerichtes Dessau hin, wonach die Systematik der Firma Analyse & Konzepte rechtlich unwirksam sei. Allgemeiner Vertreter Steinmetz entgegnete, dass es eine ganze Reihe von erstinstanzlichen Urteilen und auch bereits Urteile weiterer Instanzen gebe, die die Grundlage der Firma Analyse & Konzepte bestätige. Informationen zu diesen Urteilen würden der Niederschrift beigelegt.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Vorsitzende/r Dr. Hans-Ulrich Klose um 20:20 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

**Dr. Hans-Ulrich Klose**  
Vorsitzender

**Marcus Mertens**  
Schriftführung